## Der Polizeipräsident in Berlin

Justiziariat Behördliche Datenschutzbeauftragte



Der Polizeipräsident in Berlin · Keibelstr. 36 · 10178 Berlin



GeschZ. (bei Antwort bitte angeben) Just 4 Ass - IFG 45.18

Bearbeiter/in: Frau Alberts

**Zimmer: 0230** 

Dienstgebäude: Berlin-Mitte Keibelstr. 36, 10178 Berlin

Tel. Durchwahl Zentrale .

+49 30 4664-906400

+49 30 4664-0 Quer

99400

Fax Durchwahl

+49 30 4664-906099

E-Mail: Justiziariat-DS@polizei.berlin.de

www.polizei.berlin.de

Datum 4. Juli 2018

Anfrage nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

Bußgelder für Befahren der Umweltzone ohne Umweltplakette [#30000] E-Mails über das Webportal fragdenstaat.de vom 22. Mai 2018, 3. Juni 2018 und 3. Juli 2018



in der o.g. E-Mail stellen Sie einen Antrag nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG) und bitten um Übersendung einer Statistik getrennt nach Jahren für die Jahre 2015, 2016, 2017, aus der hervorgeht, wie viele Verfahren wegen Tatbestand 141621: "Sie nahmen trotz eines Verkehrsverbots zur Verminderung schädlicher Luftverunreinigungen (Zeichen 270.1, 270.2) mit einem Kraftfahrzeug am Verkehr teil. § 41 Abs. 1 iVm Anlage 2, § 49 StVO; § 24 StVG; 153 BKat" durchgeführt worden sind.

Auf Ihren Antrag ergeht der folgende

## Bescheid:

- Ihrem Antrag auf Aktenauskunft gebe ich statt.
- Für die Aktenauskunft wird eine Gebühr in Höhe von 5,00 Euro festgesetzt.

Zahlungen bitte nur bargeldlos an

Ich bitte Sie, die Zahlung des Betrages von **5,00 Euro** innerhalb von 14 Tagen nach Zugang dieses Bescheides unter Angabe der folgenden Buchungsmerkmale

Empfangsberechtigter:

Landeshauptkasse Berlin

**IBAN**:

DE12 100100100000137106

BIC:

PBNKDEFF100

Verwendungszweck:

Kassenzeichen 0930008629182 Just 4 IFG 45.18

vorzunehmen.

Zu 1.:

Zahl der Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen "Verstoß Verkehrsverbot in der Umweltzone:

2015:

71.574

2016:

65.187

2017:

65.596

Zu 2.:

Die Wahrnehmung Ihres Informationsrechts ist gemäß § 16 IFG gebührenpflichtig.

Gemäß § 8 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge in Verbindung mit § 5 der Verwaltungsgebührenordnung Berlin (VGebO) in der Fassung vom 24. November 2009 (GVBI. S. 707) sowie der Anlage zur VGebO (Gebührenverzeichnis), Anlage zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. Oktober 2017 (GVBI. S. 549), Tarifstelle 1004 b) Nr. 1 betragen die Kosten für eine einfache Akteneinsicht 5,- bis 100,- Euro.

Die Höhe der Gebühr ist nach § 5 Nr. 2 VGebO zu bemessen nach dem Umfang der Amtshandlung und den Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung der Amtshandlung

ergeben. Für die verwaltungsmäßigen Tätigkeiten zur Aktenauskunft ist ein geringer zeitlicher Arbeitsaufwand entstanden, so dass die Mindestgebühr von 5,00 Euro anzusetzen war.

## Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheides schriftlich oder zur Niederschrift beim Polizeipräsidenten in Berlin, Justiziariat, Keibelstraße 36, 10178 Berlin, zu erheben. Es wird darauf hingewiesen, dass bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs die Widerspruchsfrist nur dann gewahrt ist, wenn der Widerspruch innerhalb der Frist eingegangen ist.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

Alberts